

**Geschäftsstelle**

Rehagener Straße 34  
12307 Berlin (Lichtenrade)

Telefon (030) 7 44 88 72  
Telefax (030) 7 44 02 18

www.hwgv-lichtenrade.de  
info@hwgv-lichtenrade.de

Herrn Raed Saleh, MdA  
SPD Fraktion  
Abgeordnetenhaus von Berlin  
10117 Berlin

25.03.2019

**„Mietendeckel“**

Sehr geehrter Herr Saleh,

die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wirbt derzeit u.a. in Zeitungsanzeigen für den „Mietendeckel“.

Über das Thema kann man inhaltlich unterschiedlicher Auffassung sein, aber wie die SPD-Fraktion für das Projekt wirbt, geht unseres Erachtens gar nicht.

Zunächst entsteht durch die Formulierung „... ist ein Berliner Landesgesetz...“ beim Bürger der Eindruck, als ob es das Gesetz bereits gäbe. Dies ist mitnichten so, zumal noch zahlreiche rechtliche Fragen offen sind und somit auch ein juristisches Scheitern des von Ihnen politisch gewollten Gesetzes genauso wahrscheinlich ist wie das Zustandekommen. Klappt es dann nicht, haben Sie weitere Bürger frustriert und der Politikverdrossenheit Vorschub geleistet.

Ihre Anzeige spaltet die Gesellschaft (kennen wir eigentlich nur von der AfD) ein weiteres Mal: hier die bösen, geldgierigen Vermieter („Mieten Monster AG“) und auf der anderen Seite die armen, besonders schützenswerten Mieter. Mieter und Vermieter brauchen einander! Vermieter brauchen Mieter, um Einnahmen erzielen und die Immobilien bewirtschaften zu können und Mieter brauchen Vermieter, weil es sonst keine Mietwohnungen gäbe.

Und dann wird natürlich das Feindbild vom börsennotierten Wohnungskonzern („AG“) gepflegt. Als ob es nur wenige große Vermieter gäbe, die man regulieren müsse! In Berlin gibt es lt. Zensus 2011 rd. 1,9 Mio. Wohnungen; davon gehören knapp 50% Privatpersonen oder Wohnungseigentümergeinschaften. Auch wenn man davon rd. 300.000 Selbstnutzer abzieht, verbleiben immer noch 600.000 Mietwohnungen in Privathand. Sind das auch alles Miethäuser? Wie schon bei der Diskussion über die Enteignung von Wohnungen nimmt die Regierungskoalition auch jetzt wieder erhebliche Kollateralschäden billigend in Kauf, jetzt die privaten Vermieter, bei der Enteignung z.B. die Hilfswerk-Siedlung GmbH.

Da die SPD so gut weiß, wie man (Miet-)Preise deckelt, dann bitte auch einen Kostendeckel für Bau- und Handwerkerkosten beschließen. Denn diese Kostenposition ist bei den meisten privaten Vermietern der größte Ausgabenblock bei einer Immobilie. Und wenn die Einnahmen gedeckelt werden, dann bitte auch die Ausgaben.

Sprechstunden:  
Montag von 17 bis 19 Uhr  
Mittwoch von 9 bis 12 Uhr  
Freitag von 17 bis 19 Uhr

Gerichtsstand Berlin:  
AG Charlottenburg,  
VR 1678 NZ

Bankverbindung:  
Berliner Volksbank e.G.  
IBAN: DE20 1009 0000 3183 1410 06  
BIC: BEVODE33XXX

Und abschließend: Sie schreiben „#berinentlasten“. Das ist falsch. Sie wollen einem etwas nehmen und einem anderen etwas geben. Das ist nicht entlasten, das ist Umverteilen. Kann man Gutfinden, muss man aber nicht. Aber wenigstens ehrlich schreiben „#berlinumverteilen.“

Vielleicht kommt doch irgendwann die Einsicht, dass man Wohnungsknappheit und übermäßig steigende Mieten nur mit Wohnungsneubau beseitigen kann.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Behrend  
1. Vorsitzender